„Das KI-Steuer nicht vollends aus den Händen verlieren“

WOLFGANG MACHREICH

© Inés Bacher

Wolfgang Machreich war bis 2010 Leiter des Ressorts Außenpolitik der FURCHE, bis 2017 Pressesprecher der Grünen im EU-Parlament, danach freier Journalist und seit 1. September vorigen Jahres wieder ins Politik-Ressort der FURCHE „heimgekehrt“.

Sogenannte Künstliche Intelligenz fördert Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und Klimaschäden – der Schweizer Ethiker Peter G. Kirchschläger fordert eine internationale Regulierungsbehörde und ein bedingtes Grundeinkommen. Papst Leo XIV. und seine Enzyklika unterstützen das Momentum dafür.

Einer, der mit besonderem Interesse auf die Enzyklika „Magnifica Humanitas“ von Papst Leo XIV. gewartet hat und einer, der sich besonders über die Stoßrichtung dieses Papstschreibens freut, ist Peter G. Kirchschläger, Professor für Theologische Ethik und Leiter des Instituts für Sozialethik ISE an der Universität Luzern. Der Schweizer mit österreichischen Wurzeln zählt zu den profiliertesten Kritikern unregulierter Entwicklung von sogenannter Künstlicher Intelligenz (KI). Er fordert seit Jahren, datenbasierte Systeme strikt menschenrechtsbasiert zu gestalten und wirbt international für eine eigene UNO-Agentur, die KI global reguliert und durchsetzt.

In „Magnifica Humanitas“ sieht er eine deutliche Bestätigung dieser Forderungen, wie er im Interview mit dem Autor für die FURCHE sagt: „Papst Leo XIV. kritisiert eine bestimmte Art des technologischen Fortschritts, eine solche, die eben nur wenigen dient. Er fordert, sogenannte KI müsse ‚entwaffnet‘ werden, ‚befreit von Logiken, die sie in ein Instrument der Herrschaft, des Ausschlusses oder des Todes verwandeln‘, und prangert Ausbeutung von Menschen und Umwelt im ganzen KI-Lebenszyklus an – von der Rohstoffgewinnung über die Hardwareproduktion bis hin zu automatisierten Waffensystemen.

Kirchschläger widerspricht dem Vorwurf, die Enzyklika sei „wirtschaftsfeindlich“, würde Innovation „abwürgen“. Status quo ist vielmehr, dass mit sogenannter KI „ziemlich unbedacht eine Effizienzsteigerung angestrebt“ werde und man dafür Kinderarbeit, sklavenähnliche Zustände und Umweltzerstörung in Kauf nehme. Historisch sei sogar die Abschaffung der Sklaverei für gewisse Kreise „wirtschaftsfeindlich“ gewesen. Unter anderem die frühe Luftfahrtindustrie habe gezeigt, dass „genaue und konsequent durchgesetzte Regulierung Innovation und Wirtschaftswachstum“ fördere. Aus seiner Sicht ist nicht zu viel Regulierung das Problem, sondern der eklatante Regulierungsrückstand.

Verdrängung statt Erleichterung

Die aktuelle Transformation durch KI unterscheidet sich nach Kirchschläger grundlegend von früheren technologischen Umbrüchen. In seinem jüngsten Buch „Ethics and the Digital Transformation of Human Work“ (Springer 2025) identifiziert er 30 Merkmale, die den jetzigen Umbruch neu und anders machen. Zwei solche Merkmale hebt er im Gespräch hervor: Erstens gehe es nicht mehr primär darum, menschliche Arbeit zu erleichtern, sondern Menschen aus Tätigkeiten zu verdrängen, „weil Maschinen eben sehr viel günstiger sind, sieben Tage die Woche und rund um die Uhr ‚arbeiten‘ können“. Zweitens seien „potenziell alle bezahlten beruflichen Aufgaben betroffen, nicht nur gering qualifizierte Auf-

gaben“; diskutiert werde inzwischen über „Roboter-Seelsorger, -Anwälte, -Richter“. Die Beruhigungsformel „Mehr Technologie, mehr Arbeit“ gelte deswegen hier nicht mehr.

Mehr Technologie, weniger Arbeit?

Aus dieser Diagnose leitet Kirchschläger eine systemische Verschiebung des Wirtschaftssystems ab: Produktivitätssteigerungen und Wachstum seien heute möglich, ohne dass die Beschäftigtenzahlen steigen; sie könnten sogar sinken. Das System verabschiede sich schrittweise „vom Ziel der Vollbeschäftigung“. Gleichwohl seien sozialstaatliche Instrumente – von der Arbeitslosenversicherung bis zu anderen Leistungen – an besteuerbare Erwerbseinkommen gekoppelt. Erste Anzeichen für diesen Wandel sieht er in Selbstbedienungskassen im Handel, oder wenn Informatik-Absolventinnen und -absolventen nach der Uni keine Stellen fänden, weil Programmieraufgaben von KI-Systemen übernommen werden.

Daraus ergibt sich für Kirchschläger eine klare Aufgabe für die Politik und sieht die sozialdemokratische als auch die christlich-soziale Tradition gefordert, auf Basis von Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit ein neues Modell zu entwickeln, das mit dem Abschied von Vollbeschäftigung rechnet. Die verbreitete Antwort seitens der Politik, alle müssten sich „digital fit machen“, hält er für „enttäuschend und ethisch problematisch“, weil sie eine großflächige strukturelle Veränderung auf punktuelle individuelle Anpassung verkürze.

Zentraler Baustein seiner institutionellen Antwort ist der Vorschlag einer Internationalen Agentur für datenbasierte Systeme (IDA) bei der UNO, in Anlehnung an die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA). Sogenannte KI sei ein globales Phänomen, getragen von wenigen großen Konzernen, weshalb nur eine globale Institution wirksam Menschenrechte schützen könne. Eine IDA hätte nach Kirchschläger drei Kernfunktionen: Erstens einen Marktzulassungsprozess, wie man ihn aus der Pharmaindustrie kennt, damit „kein KI-Produkt auf den Markt kommt, bevor nicht geprüft ist, ob es Menschenrechte, Kinderrechte oder die Umwelt massiv verletzt“. Zweitens ein Monitoring mit Eingriffsmöglichkeiten, da KI-Systeme vom Zugang zu Strom und Daten abhängen und Datenspuren hinterlassen, über die Verantwortliche identifizierbar seien. Drittens die Förderung internationaler technischer Zusammenarbeit, um Know-how und Daten zu bündeln und positive Potenziale der Technologie gerechter zu erschließen. Kirchschläger verbindet damit die Hoffnung, dass eine solche Struktur auch präventiv wirkt, weil klar wäre, dass etwa Kinderrechte verletzende Anwendungen gar nicht erst zugelassen würden.

© Universität Luzern

Kirchschläger sieht die sozialdemokratische als auch die christlich-soziale Tradition gefordert, auf Basis von Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit ein neues Modell zu entwickeln, das mit dem Abschied von Vollbeschäftigung rechnet.

Erwerbsarbeit leistet mehr als nur Einkommenssicherung

Parallel dazu entwickelt er mit seinem „Society-, Entrepreneurship-, Research-Time-Modell“ (SERT) eine sozialpolitische Perspektive auf das Ende der Vollbeschäftigung. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass Erwerbsarbeit weit mehr leistet, als Einkommen zu sichern. Sie stiftet Sinn und Identität, strukturiert den

Proteste gegen KI zeigen: es gibt Bedenken in der Bevölkerung, die Politik ist auf mehreren Ebenen gefordert, darauf zu reagieren. Foto © Nathan Kuczmarski/unsplash.com

■ Die Regulierung datenbasierter Systeme ist nicht nur eine technische oder wirtschaftliche, sondern eine zutiefst menschenrechtliche und spirituelle Frage.

Alltag und ermöglicht den Umgang mit Menschen, „die wir uns nicht aussuchen". Diese Funktionen sollen auch dann erlebbar bleiben, wenn bezahlte Arbeit knapper wird. Daher schlägt Kirchschläger ein bedingtes Grundeinkommen vor, das an eine „Society-Time" gekoppelt wird: Alle leisten in gleichem Umfang einen gesellschaftlichen Beitrag in einem nach den eigenen Interessen und Fähigkeiten wählbaren Bereich.

Ergänzt wird dies durch die Bereiche „Entrepreneurship" und „Research", die sicherstellen sollen, dass Unternehmertum, Innovation, Wissenschaft, Forschung und Bildung gezielt gefördert werden. Personen, die unternehmerisches Risiko übernehmen oder in Forschung und Bildung tätig sind, könnten von der Society-Time befreit werden – als Anreiz, diese für die Gesellschaft wichtigen Aufgaben zu übernehmen. Kirchschlägers Ziel ist es, die erwartete massive Reduktion bezahlter Tätigkeiten nicht nur abzufedern, sondern aktiv in ein neues Modell von Arbeit, Teilhabe und Absicherung zu überführen, das mit der Dynamik der KI-Entwicklung Schritt hält.

Kirchschläger sieht für dieses Projekt ein reales politisches Momentum. UN-Generalsekretär António Guterres unterstützt die Idee einer menschenrechtsbasierten Regulierung und einer IDA, ebenso der Dalai Lama. Papst Franziskus sei dahintergestanden und Papst Leo XIV. setzt diesen Weg fort. Die neue Enzyklika verstärke dieses Momentum, indem sie klar mache, dass die Regulierung datenbasierter Systeme nicht nur eine technische oder wirtschaftliche, sondern eine zutiefst menschenrechtliche und spirituelle Frage sei. Auch zahlreiche KI-Unternehmer, darunter Sam Altman, haben Unterstützung signalisiert. „Die UN-Mitgliedsstaaten sollten sich jetzt damit beeilen, die IDA bei den UN endlich zu schaffen", drückt Kirchschläger aufs Tempo, „damit wir Menschen das Steuer von sogenannter KI nicht vollends aus den Händen verlieren." ■